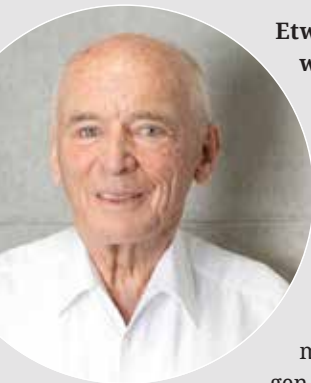


Ist der Staat zu teuer?



Etwas Gutes darf auch etwas kosten – und etwas, das buchstäblich notwendig ist, weil es Not abwendet, ist nie «zu teuer». Im Gegenteil.

Die Verweigerung von Ausgaben, die als Investitionen in eine gemeinsame Zukunft künftigen Nöten vorbeugen, ist eine

Dummheit. Es gibt auch ein falsches Sparen, das die Not nur auf später verschiebt und damit per Saldo vergrößert. «Spare in der Zeit, so hast Du in der Not», heisst ein beliebtes Sprichwort. Aber wer zur falschen Zeit spart, wird in der Not noch grössere und schmerzhaftere Lücken bewirken.

Zu teuer und überflüssig sind auf jeden Fall alle Ausgaben, die eine Not nicht beheben, sondern verewigen oder gar verschärfen. In ein Fass ohne Boden darf man kein neues Wasser schütten. Und keine Sucht kann durch mehr Konsum des suchterzeugenden Mittels geheilt werden.

Die Staatsausgaben der Schweiz sind im Laufe einer einzigen Generation auf das Doppelte angewachsen – und dies ausgerechnet in einer Zeit des relativen Friedens und des weltweiten Wirtschaftswachstums. Die Grundfrage lautet also nicht: Ist das nun zu viel oder zu wenig? Sie lautet: Sind diese Ausgaben Investitionen in eine bessere Zukunft oder nur politische Zückerchen, die an immer gierigere «hohle Hände» verteilt werden, mit dem Motiv, sich bei einer gegenwärtigen Wählerschaft beliebt zu machen? Verschlimmert wird diese Situation dadurch, dass staatliche Umverteilung nicht nur die Staatsucht der zunehmenden Zahl von Staatsabhängigen verstärkt und somit gar keine echte Hilfe zur Selbsthilfe ist, sondern durch subtile Verschuldung auf künftige Generationen abgeschoben wird.

Das ist das Gegenteil einer Investition für die Zukunft, sondern eine Verschuldung zulasten künftiger Generationen. Dies ist indessen tatsächlich nicht nur «zu teuer», sondern unvernünftig und asozial.

Robert Nef, Publizist St.Gallen

Argentinien schlägt Frankreich

Argentinien steckt tief im Schuldensumpf; Frankreich steht noch tiefer in der Kreide als Griechenland und Italien. Der rustikale Präsident Milei setzt zur Rosskur an, der elegante Präsident Macron macht weiter Schulden.

Es ist ein paar Wochen her, aber es hallt nach: Am Davoser WEF hörte ich Emmanuel Macron und Javier Milei zu. Der Argentinier sieht nur eine Lösung, um gegen den wuchernden Staat vorzugehen: Ausholzen, weniger Staat! Hoffentlich kann er sich damit im Parlament durchsetzen. Macron indessen will Milliarden «investieren». Das heisst auf Deutsch (und auf Französisch): Noch mehr Schulden machen.

Auch unser Parlament wird mit seinem Ausgabenwahn die Schweiz mittelfristig in Schwierigkeiten und langfristig in den Ruin treiben. Vor gut 30 Jahren arbeitete ich auf der Schweizer Botschaft in Buenos Aires. Vor gut 20 Jahren war ich zuständig für das Marketing der Fussball-Junioren-WM «Argentinien 2001». Da lernte ich einiges – vor allem, wie ein Staat nicht haushalten sollte.

Giftige Schuldenrezepte werden weltweit, auch in Europa, angewendet. Mit Folgen: Die 19 Euro-Länder bezahlten letztes Jahr 240 Milliarden Euro Zinsen. Dies bei knapp zwei Prozent durchschnittlicher Verzinsung. Bei vier Prozent müssten sie gegen 500 Milliarden aufwenden ... Die Staatsausgaben Frankreichs, dem grossen Schuldenmacher, wären dann im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung höher als diejenigen von Griechenland und Italien. Jeder private Hypothekarschuldner muss nachweisen, dass er in der

Lage ist, Zinssätze von fünf Prozent zu überleben. Weshalb müssen Staaten keine solchen Checks durchlaufen?

Es braucht keine Stihl, Bosch, Husqvarna oder Black & Decker. Dennoch: Schenkt den Politikern virtuelle Ketten sägen! Damit sie ausholzen können, wo der Staat übertrieben wuchert.

Zum Schluss noch ein Tipp für Investitionen ausserhalb der Schweiz: Setzen Sie auf das Milei-Land.

Das ist zwar riskant, aber immer noch weniger gewagt als eine Anlage im Reiche Macrons. Warum das? Der rustikale Argentinier entfesselt die Unternehmer, der vornehme Franzose mästet den Staat.



Der Rheintaler SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel ist Mitglied der Aussenpolitischen Kommission und Mitglied des Europarates.